

## **Sieben Fragen an Thomas Prudlo (ÖDP-Politiker und Bienenretter)**

### **Herr Prudlo über sich:**

Ich bin auf einem kleinen Bauernhof im Allgäu aufgewachsen und habe dort noch erfahren dürfen, was eine tolle Kindheit mit vielen Tieren und Herumstreunen bedeuten kann. Das hat mich sehr geprägt und so empfinde ich den Erhalt der Lebensgrundlagen seit jeher als die wichtigste Aufgabe der Menschheit.

### **Herr Prudlo, kaum einer hat sich so für den Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ eingesetzt wie Sie. Sie waren wochenlang Tag und Nacht für dieses aktiv. Nun ist das Volksbegehren gewonnen. Sind die Bienen jetzt gerettet?**

Wir haben sicher drei ganz wichtige Punkte erreicht:

Erstens haben die Menschen hier in Bayern das Thema Artenvielfalt jetzt auf dem Schirm und es ist endlich auf der Prioritätenlisten weit nach oben gewandert. Zweitens haben wir jetzt das vielleicht weltweit beste Naturschutzgesetz durchgesetzt. Und drittens ist es ein enorm wichtiger Mutmacher in dieser Zeit, in der wir ganz schön viele Rückschläge aushalten müssen.

Aber die Situation für Tier- und Pflanzenwelt ist fast durchwegs dramatisch. Besonders bei den Vögeln, den Insekten, aquatischen Organismen und Ackerwildkräutern haben wir Verluste zu verzeichnen, die schlimm sind.

### **Die ÖDP will in den Münchner Stadtrat einziehen. Bestimmt wird die Stadtpolitik vermutlich aber auch künftig von den großen Parteien Grüne, SPD und CSU. Was hoffen Sie als kleinere Partei zu erreichen?**

So wie die Konstellation ist, wird entweder die FDP oder die ÖDP die viertstärkste Partei und damit das Zünglein an der Waage. Jeder politisch Interessierte weiß, dass wir dann eine andere Stadtgesellschaft bekommen, wenn die ÖDP statt der FDP die Richtung vorgeben kann. Es geht also darum, wer die ausschlaggebende Kraft in den Koalitionsverhandlungen wird.

### **Was unterscheidet die Politik der Stadt-ÖDP von der Politik der Grünen?**

In vielen Dingen sind wir uns einig. Sehr oft waren uns die Grünen allerdings ökologisch zu beliebig. Den wesentlichen Unterschied in der Kommunalpolitik sehe ich aber im fatalen Wachstumsirrglauben, dem die Grünen gemeinsam mit SPD und CSU unterliegen. Ein unendliches Wachstum kann es weder auf dem Planeten noch in München geben, weil schlichtweg die Fläche und die Ressourcen nicht vermehrbar sind.

Ökologisch ist dieser von allen drei Großparteien verfolgte Kurs eine starke Belastung für die letzten Freiräume, für die Artenvielfalt und für die Naherholung der Menschen. Das bekommen wir vermehrt zu spüren.

Und zudem ist es absolut unsozial, da es die Mietpreise weiter nach oben treiben wird, wenn nochmals 200.000 bis 300.000 Menschen nach München mit neuen Arbeitsplätzen angezogen werden.

Diese Arbeitsplätze gehörten in die abgehängten Grenzregionen wie Hof, Wunsiedel und Cham. Dort wären sie ein Segen, hier in München sprengen sie sämtliche Grenzen – beim Verkehr, beim Pflegepersonal, den Kitas, den Schulen und wie oben gesagt am schlimmsten beim Mietwohnungsmarkt.

Es ist offensichtlich, dass wir hier die Grenzen des Wachstums längst erreicht haben, aber leider sind die Grünen hier absolut uneinsichtig.

**Besonders besorgniserregend für die biologische Vielfalt in München ist der Bauboom, der auch vor Grünanlagen und Biotopen nicht haltmacht. Begründet wird das mit dem Mangel an Wohnungen. Sehen Sie einen Ausweg aus dem Dilemma?**

Die wesentliche Maßnahme dazu heißt Moratorium für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete, weil dort der Ursprung des Flächenverbrauchs liegt. Mehr Gewerbegebiete bedeuten bei Vollbeschäftigung in München automatisch Zuzug von Arbeitnehmern aus anderen Regionen Europas, die natürlich Wohnraum und Infrastruktur benötigen und so dreht sich das Rad immer weiter zu Lasten der Lebensqualität in dieser Stadt.

**Nach den letzten Kommunalwahlen hätte die ÖDP einer Stadtregierung zusammen mit SPD und Grünen beitreten können. Das scheiterte aber an ihrem strikten Nein zum Weiterbetrieb des Kohle-Heiz-Kraftwerks Nord. Das Werk ist immer noch in Betrieb und wurde jetzt von der Bundesnetzagentur als systemrelevant eingestuft. Bedeutet das, dass Sie sich weiterhin nicht an einer Stadtregierung beteiligen wollen?**

Die rot-grüne Regierung war 2014 inhaltlich, personell und intern am Ende. Wir sollten 2014 nur der Steigbügelhalter sein. Eine einzige Zahl verdeutlicht das: Nach 24 Jahren rot-grün war der erneuerbare Energieanteil in München bei rund 1%. Statt ein Konzept für eine Energiewende abzusegnet, wurde von uns erwartet, das alte Münchner Steinkohlekraftwerk ohne zeitliche Begrenzung zu unterschreiben. Ein Kohlekraftwerk, das mehr CO<sub>2</sub> produziert als der gesamte Münchner Verkehr. Wie hätten wir da als zutiefst überzeugte Ökologen unterschreiben können? Aber die Welt hat sich weiterbewegt. Die Münchner haben im Bürgerentscheid für den Ausstieg votiert und der wird in den nächsten Jahren kommen und wir haben klar entschieden, dass wir zur entscheidenden Partei werden wollen, um München in die richtige Richtung zu bewegen.

**Sie setzen sich auch als Unternehmer für regenerative Energien ein. Warum ist hier der Ausbau ins Stocken geraten? Könnte man auch im Stadtgebiet selbst mehr tun?**

Ein wichtiger Grund dafür sind die Stadtwerke München. Entgegen ihren Imagekampagnen sind sie ein gewöhnlicher Energieversorger mit Atomkraft, Kohlekraft und Gasturbinen. Jedes Prozent dezentraler Energieversorgung nimmt ihnen ein Stück vom Kuchen. Das muss man wissen, wenn man das Thema anpackt und auf Widerstände stößt. Und ja, ein PV-Zwang bei den Neubaugebieten wäre genauso wichtig wie eine dezentrale Wärmeversorgung, wird aber immer wieder blockiert.

**Was sollte ein neu gewählter Münchner Stadtrat zuerst als umweltpolitisches Thema anpacken?**

Meines Erachtens brauchen wir ein Wachstumsmoratorium und dann würde ich in den Koalitionsverhandlungen ganz viele relevante Gruppierungen dazu laden, um zu besprechen, was wir in den nächsten sechs Jahren erreichen wollen. Also raus aus der Parteienschiene und rein in gemeinsame „Round Tables“ mit all den tollen Verbänden wie dem LBV.

Dann bekämen wir bestimmt tolle Ergebnisse, an der die ganze Bürgerschaft gemeinsam arbeiten könnte.